

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Nr. 1090

Nr. 212

Mittwoch, den 11. September 1929

24. Jahrgang

Liquidierung des Weltkrieges?

Vom Reichstagsabgeordneten Admiral Drillinghaus

Vor einigen Tagen hielt in Hamburg der Vorsitzende der Neuportier „Foreign Politic Association“, James Macdonald, vor einem großen Kreise von Vertretern der Behörden, der Wirtschaft und der Wissenschaft eine mit Recht viel beachtete Rede. Er war kurz vorher mit den leitenden Staatsmännern im Haag zusammen gewesen, stand also bei seinen Ausführungen noch unter dem frischen Eindruck der Konferenzergebnisse. An die dunklen Tage des Jahres 1928 erinnernd, stellte er mit aufrichtiger Genugtuung den Aufstieg Deutschlands in den letzten 6 Jahren fest. Zwar sei die deutsche Politik nicht immer leicht für die Amerikaner zu verstehen gewesen, aber ihre Geradlinigkeit und Konsequenz müsse anerkannt werden.

„Amerika, das die letzten 6 Jahre beobachtet, glaubt an Deutschland.“

Mir scheint, daß man die jetzt zustande gekommene vorläufige Lösung im Haag, die ihren Niederschlag in dem Inkrafttreten des Youngplanes am 1. September und der längstens bis zum 30. Juni 1930 befristeten Räumung der Rheinlande gefunden hat, ähnlich bewerten muß, wie dies seitens des Amerikaners geschehen ist. Ueber den reichlich würdevollen Schacher unserer Vertragsgegner um die Verteilung der Beute, über die teilweise leider gescheiterten Versuche, auch bei dieser Gelegenheit aus dem ausgepowerten Deutschland noch möglichst viel herauszupressen, über der heillosen Zerfahrenheit der schlecht vorbereiteten Konferenz und der damit verbundenen widerspruchsvollen Berichterstattung wird in der breiten Öffentlichkeit doch das Eine viel zu sehr übersehen:

„Mit der endgültigen Räumung der Rheinlande, mit dem Wiedergewinnen seiner staatlichen und wirtschaftlichen Souveränität kommt Deutschland einen gewaltigen Schritt vorwärts auf dem Wege zur Freiheit.“

Russland hat sich bekanntlich früher dahin geäußert, daß das Jahr der Rheinandrängung entscheidend für das Schicksal Europas sei und zwangsläufig eine politische Neuordnung der Dinge zur Folge haben würde. Ich möchte mir dieses Urteil des italienischen Diktators zwar nicht in vollem Umfang zu eigen machen, neige aber doch der Auffassung zu, daß das Jahr 1930, in dem nach menschlicher Berechnung auch das Verhältnis Englands zu Amerika auf eine andere Grundlage als bisher gestellt werden wird, in außenpolitischer und damit auch in wirtschaftlicher Beziehung Möglichkeiten eröffnet, deren Ausnutzung auch für uns von großer Bedeutung werden kann. Schließlich kommt es, da wir mit Waffengewalt und leider auch wie die Dinge innenpolitisch in Deutschland nun einmal liegen, mit passiver Resistenz nichts ausrichten können, und da unsere Wirtschaft noch nicht genügend gestärkt ist, um — kurz ausgedrückt — eine finanzielle Hungerdrohade ertragen zu können, für uns immer wieder darauf hinaus,

im Wege friedlicher Vereinbarungen schrittweise Terrain zu erobern, um so das ungeliebte Versailler Diktat zu unterhöhlen.

Wer glaubt, in einer geradezu grotesken Ueberspannung demokratischer Prinzipien, durch Volksentscheide Außenpolitik treiben und unsere Gegner zum Nachgeben veranlassen zu können, verkennt vollkommen das A und O jeder vernünftigen Politik, nämlich die auf die tatsächlichen Verhältnisse gegründeten Möglichkeiten eines Erfolges.

Selbstverständlich sind einer außenpolitischen friedlichen Verständigung mit unseren Kriegsgegnern da die Grenzen gesetzt, wo die nationalen Lebensnotwendigkeiten unseres Volkes, wo die Existenz unserer Gesamtwirtschaft in Frage gestellt werden. Daß der Youngplan, alles in allem, besser ist als der Dawes-Plan, kann nur der leugnen, dem parteipolitische Verantworte den klaren Blick für wirtschaftliche Zukunftsmöglichkeiten getrübt hat. Die Zahlen des Youngplanes übersteigen auch nach Ansicht unserer Sachverständigen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit unseres Landes. Der Begriff der „Leistungsfähigkeit“ ist allerdings eine recht knifflige Sache, schwer zu bestimmende Größe. Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht hat seinerzeit in München in eingehender Weise dargelegt, weshalb, trotz der Ueberspannung der Leistungen die Sachverständigen zugestimmt haben. Weil nämlich nach ihrer Ansicht

der Youngplan „uns endlich den internationalen wirtschaftlichen und politischen Frieden bringen kann, den die Welt bis heute vergeblich ersehnt hat“. Im Haag ist der Youngplan, darüber besteht kein Zweifel, noch zu ungunsten Deutschlands geändert worden.

Das Auftreten des englischen Schatzkammers Snowden, das sich zunächst ausgesprochen gegen die Franzosen richtete, hat letzten Endes, vielleicht gegen seinen Willen, dazu geführt, daß ein Teil der englischen Wünsche auf Kosten Deutschlands, Italiens und einiger kleineren Staaten erfüllt wurden. Der als „Eiserne Kanzler“ in England gefeierte Snowden, dessen Ton gegenüber den in der Nachkriegszeit immer annähernd gewordenen Franzosen überall geradezu als eine Erlösung empfunden wurde, hat schließlich doch seinen sozialistischen deutschen Finanzminister-Vorgesetzten lassen. Da die Labour-Regierung offenbar gewillt ist, auf die Seeabrüstungsverschlüsse des amerikanischen Präsidenten Hoover einzugehen, braucht sie nicht in dem Maße auf Frankreich Rücksicht zu nehmen, wie dies ihre Vorgängerin tun mußte, die die Jahrhundert alte Ansicht von der Seeoberherrschaft Englands nicht preisgeben wollte. Dazu brauchte sie unter allen Umständen Rückenbedeckung in Europa, die ihr wirksam allein Frankreich geben

konnte. Kommt es zu einer wirklichen Verständigung zwischen den Angehörigen diesseits und jenseits des Ozeans, so entsteht in Europa eine neue politische Konstellation, die nicht ohne Rückwirkung auf die großen Völker des europäischen Kontinents, also auch auf Deutschland, bleiben kann.

Die kurz befristete Rheinandrängung, die Anerkennung der deutschen Auffassung über die Locarno-Verträge, damit die hoffentlich endgültige Erledigung des französischen Anspruchs auf eine besondere Kontrolle für das Rheinland, sind doch zu bewertende Aktposten.

Über die sich sicherlich jeder Deutsche von Herzen freuen wird. Der französische Ministerpräsident Briand hat allerdings, offenbar für seinen Hausgebrauch im französischen Parlament, den in den Locarno-Verträgen vorgesehenen Vergleichskommissionen eine Bedeutung beigelegt, die sie in Wirklichkeit nicht haben. Hier scheint schärfste Aufmerksamkeit auf die Lage zu sein, damit nicht etwa in irgendeinem der vielen Ausschüsse irgendwelche Bestimmungen herausbestilliert werden, die letzten Endes dann doch noch die von den Franzosen heiß ersehnte Dauerkontrolle bringen.

Dr. Stresemann vor dem Völkerbund

Er erinnert an die Unfreiheit des Saargebietes

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hielt gestern vormittag vor der Völkerbundsversammlung die angekündigte große Rede. Zu Beginn seiner Ausführungen sagte der Minister u. a.:

Ich kann, wenn ich hieron spreche (von der Rheinandrängung), heute auch nicht stillschweigend daran vorübergehen, daß ein anderer Teil des Landes noch unter nichtbeachteter Verwaltung steht, ein Gebiet, dessen Wiedervereinigung mit dem Heimatlande der einmütige Wunsch seiner Bevölkerung ist (das Saargebiet). Auch zur Befestigung dieses Zustandes sind jetzt die ersten Schritte getan, um so wirklich den Gedanken der Liquidation des Krieges durchzuführen. Wenn wir in den vergangenen Jahren darauf verzichtet haben, unseren Empfindungen über diese Frage hier vor der Bundesversammlung in Genf Ausdruck zu geben, und wenn wir uns bemüht haben, unbeeinträchtigt an den Aufgaben des Völkerbundes mitzuarbeiten, so kann man hierin einen Beweis unseres Glaubens an die hohen Ziele sehen, die wir hier in Genf zu verfolgen haben. Auch hierfür gilt das schöne Wort, das der britische Herr Premierminister neulich von dieser Tribüne ausgesprochen hat: „Eine politische Abmachung bietet ebenso große Sicherheit wie Regimente von Soldaten“. Fällt jene Barriere, die seit dem Ende des Krieges noch trennend zwischen Deutschland und seinem westlichen Nachbar bestand, so wird der Weg frei, um die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern, die ihm einst als Kriegsgegner gegenüberstanden, so eng und fruchtbar zu gestalten, wie das gemeinsame Interesse aller Völker und mithin das ureigenste Interesse des Völkerbundes es erfordert.

Dr. Stresemann wandte sich dann den eigentlichen Völkerbundsfragen zu, indem er auf das lebhafteste die Mitteilungen begrüßte, daß England und Frankreich demnach die Fakultativklausel unterzeichnen werden. Dr. Stresemann sieht in diesem Entschluß der beiden Regierungen ein erfreuliches Zeichen für den siegreichen Fortschritt der Schiedsgerichtsbewegung, die der Eckpfeiler der internationalen Friedensordnung sei und bleibe.

Der Minister wählte dann „die hochbedeutenden Vorschläge“, die die britische Delegation in Uebereinstimmung mit anderen Delegationen zur Klärung des Verhältnisses des Kellogg-Paktes zu den Bestimmungen der Völkerbundscharta gemacht hat. Es sei in der Tat notwendig, in diesen Dingen, die für die Auffassung über Recht oder Unrecht in den Völkerbeziehungen entscheidend sind, jede Unklarheit und Ungenauigkeit zu beseitigen. Die eingegangenen vielen Verpflichtungen verlangten einen Ausbau, der jedem und nicht nur den Sachverständigen des Völkerrechts verständlich ist. Je mehr es uns gelingt, für den Ausgleich bestehender und künftiger Gegensätze zwischen den Staaten einen praktischen Weg zu finden, je mehr wir ferner die Gedanken verwirklichen, die dem auf deutsche Anregung geschaffenen, von einigen Vordenkern bereits erwähnten Modellvertrag über die Kriegsverhütung zu Grunde liegen, desto geringer wird das Bedürfnis nach Maßnahmen, die im Falle eines vollständigen Friedensbruchs zu ergreifen wären.

Im Zusammenhang mit diesem Problem kam Dr. Stresemann auf die Abrüstungsfrage zu sprechen, indem er betonte, daß Deutschland mit größtem Interesse und warmer Sympathie den Gang der zwischen den großen Seemächten schwebenden Verhandlungen folge. Es müsse fordern, daß mit dem gleichen tatkräftigen Willen nun auch die Arbeiten an der Abrüstung zu Lande gefördert werden. Der Minister erinnerte daran, daß im Frühjahr der deutsche Vertreter gezeugnet war, von den Beschlüssen der vorbereitenden Abrüstungskommission ausdrücklich abzurufen, um Deutschland nicht mitverantwortlich zu machen an einem Verfahren, das mit dem Sinn der Völkerbundscharta nicht in Einklang zu bringen sei. Es handele sich um ein Problem, das durch den Dreiklang bezeichnet werde: Behinderung jeder Kriegsmöglichkeit, die allgemeine Abrüstung als Konsequenz dieser Behinderung, die Verhinderung der Erstarrung aller Zustände durch eine fortschreitende Entwicklung auf friedlichem Wege.

Die Jugoslawen, die die deutsche Delegation auf finanziellen Gebiet geglaubt hat machen zu müssen, sind zum Teil schwerwiegend, zum Teil schändlich. Wenn sich die Gegenstände, an der Spitze Frankreich, einbildet, auf die im Haag angewandte Art und Weise den Krieg endgültig liquidieren zu können, befindet sie sich in einem fundamentalen Irrtum. Herr

Briand versteht offenbar unter Kriegsliquidierung die Verewigung der Vormachtstellung Frankreichs in Europa. Wir verstehen darunter die Wiederherstellung der Gleichberechtigung Deutschlands in politischer, militärischer und wirtschaftlicher Beziehung mit den anderen Völkern.

Die man zu einem endgültigen Urteil über das Ergebnis im Haag kommen kann, wird man die Berichte der Hauptbeteiligten selbst, wird man vor allen Dingen auch die Ergebnisse der arbeitenden Kommissionen, die noch allerlei Ueberraschungen zu Tage fördern können, abwarten müssen. Auch die wirtschaftlich ungemünzte schwierige Saargefrage harret noch der Erledigung.

Daß wir die Belastung unserer Wirtschaft durch den verschlechterten Youngplan auf die Dauer werden tragen können, halte ich für höchst unwahrscheinlich. Es wird daher unter allen Umständen vollkommen klarheit über die Revisionsmöglichkeiten des Youngplanes geschaffen werden müssen.

Der Haag war bestenfalls ein schlichter Versuch zur Liquidierung des Weltkrieges.

Dr. Stresemann gab dann einen Ueberblick über die Entwicklung des Völkerbundes seit der Initiative des kanadischen und des deutschen Vertreters im Rat. Dr. Stresemann erklärte hierzu, er vermöge in der Stellungnahme zu dem Völkerbundsproblem keinen Unterschied zwischen interessierten und nichtinteressierten Staaten anzuerkennen. Es handele sich um ein Problem, das gerade nach dem Grundprinzip des nach dem Kriege neu geschaffenen Regimes den Völkerbund in seiner Gesamtheit angeht. Der Friede unter den Völkern werde umso besser gesichert sein, je mehr das unüberwindliche Menschenrecht auf Rittersprache, Kultur und Religion unbeschadet der staatlichen Grenzen geachtet und geschützt wird. Die Zeit werde hoffentlich nicht mehr fern sein, in der der Völkerbund sich für die Behandlung der Minoritätenfragen ein besonderes Organ schaffen wird, wie es für die Wirtschafts- und Mandatsfrage geschehen ist. Ein Staat, der den Versuch mache, mit seinen Machtmitteln die Kultur der Völker zu unterdrücken, würde sich dem Verdacht aussetzen, daß er sich zu schwach fühlt, die ihm angehörenden Völker zu regieren.

Dr. Stresemann sprach dann über die Frage der Neugestaltung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Europa. Er teilte mit, sagte er, die grundsätzliche Stepsis der „Pränumerandopessimisten“. Warum solle der Gedanke, das zusammenzufassen, was die europäischen Staaten einigen kann, von vornherein unmöglich sein? Freilich lehnte der Reichsaußenminister jede politische Tendenz gegen einen anderen Erdteil aufs entschiedenste ab. Dr. Stresemann schloß dann die Grenzverhältnisse Europas mit allen ihren Schwierigkeiten auf wirtschaftlichem und verkehrstechnischem Gebiet, die in wenigen Jahrzehnten, so hoffe er, als ein mittelalterlicher Zustand angesehen werden würden. Er fragte: Wo bleibt die europäische Winge, wo die europäische Wirtschaft? Und wenn es möglich ist, geht mit einer Ersparnis von 20 Tagen von Deutschland nach dem fernen Osten zu gelangen, so mutet es doch merkwürdig an, daß es nicht möglich zu sein scheint, auch die wirtschaftlichen Grenzverhältnisse zu erleichtern, wie es einem modernen Europa entspricht. Ich möchte an dieser Stelle nichts über den politischen Inhalt des Versailler Vertrages sprechen, schloß Dr. Stresemann, und ich glaube auch, daß meine Stellungnahme dazu bekannt ist. Aber durch den Versailler Vertrag sind eine ganze Anzahl neuer Staaten geschaffen worden; man hat jedoch nicht daran gedacht, diese Staaten den modernen Verhältnissen entsprechend in das wirtschaftliche System Europas einzufügen. Ein großer deutscher Dichter hat einmal gesagt, daß jede große Idee zuerst wie eine Tollheit anmutet. Ich lehne es ab, die wirtschaftliche Vereinigung und Vereinfachung der europäischen Staaten als eine Utopie anzusehen, ich halte es vielmehr für eine unbedingte Pflicht, in dieser Richtung zu arbeiten. Freilich wird sich diese Arbeit nicht mit Eile und Hurra lösen lassen, sie gehört vielmehr zu jener Tätigkeit, von der der Dichter sagt, daß sich „zum Bau der Ewigkeiten zwar Sandstein nur an Sandstein reiht, doch von der großen Schuld der Zeiten Minuten, Tage, Jahre streicht“.

Starke Eindruck der Rede Dr. Stresemanns

Dr. Stresemanns Rede wurde häufig durch lebhaften und anhaltenden Beifall unterbrochen, der sich besonders in dem Teil, in dem Dr. Stresemann über die wirtschaftlichen vereinigten Staaten von Europa sprach, verstärkte. Die Rede Dr. Stresemanns wurde